

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Sitzung: Dienstag, 18.03.2025

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

Herr Matthias Disterheft - SPD

ab 15:33 Uhr

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Vertretung für: Frau Heidemarie Mundlos

Herr Thorsten Köster - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Thomas Behrens - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS

Herr Stefan Wirtz - AfD

sachkundige Bürger

Herr Jens Lüttge - SPD

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

bis 17:47 Uhr

Herr Oskar Schwarz - CDU

Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD

Herr Torsten Busch - Behindertenbeirat Braunschweig

bis 17:09 Uhr; Vertretung für: Herrn Aytekin Demirbas

Herr Uwe Mickler - Polizeiinspektion Braunschweig

bis 17:47 Uhr

Frau Gunhild Salbert - Seniorenrat Braunschweig

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III
Herr Stephan Kühl - FBL 60
Frau Bianca Winter - RefL 0600
Herr Burkhard Wiegel - FBL 66
Frau Angela Böning - FB 66
Herr Sebastian Hallmann - RefL 0120
Frau Finja Kramer - FB 66
Frau Carolin Niemann - AbtL 66.2
Frau Katja Sellmann - stv. RefL 0600
Herr Torben Wiesenbergs - FB 66

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600
Frau Pauline Becker - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Frau Heidemarie Mundlos - CDU entschuldigt

weitere Mitglieder

Herr Mathias Möller - FDP entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Jan Höltje - CDU entschuldigt
Frau Susanne Schroth - B90/GRÜNE entschuldigt
Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig entschuldigt

Verwaltung

Herr Timo Weichsler - RefL 0660 entschuldigt
Herr Dirk Franke - FBL 65 entschuldigt
Frau Katja Langer - RefL 0650 entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-----|--|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Mitteilungen | |
| 2.1 | Evaluation der Ausweitung der Parkgebührenpflicht innerhalb der Okerumflut | 24-24003 |
| 2.2 | Ergebnisse der SrV-Erhebung 2023 | 25-25358 |
| 3 | Evaluation der Haltestelle Bohnenkamp | 25-25353 |

4	Haltepunkt Bienrode ÖPNV-Konzept	24-24888
4.1	Haltepunkt Bienrode ÖPNV-Konzept	24-24888-01
4.2	Haltepunkt Bienrode ÖPNV-Konzept	24-24888-02
5	Haltepunkt Bienrode - Verkehrsanlagenplanung	25-25241
6	Wolfenbütteler Straße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle "Richmondweg" in Fahrtrichtung Süden	25-25297
6.1	Wolfenbütteler Straße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle "Richmondweg" in Fahrtrichtung Süden	25-25297-01
7	Rabenrodestraße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle "Breitenhop" in Fahrtrichtung Norden	25-25292
8	Luisenstraße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle "Cyriaksring" in Fahrtrichtung Osten	25-25306
9	Radwegsanierung entlang der Theodor-Heuss-Straße (stadteinwärts)	25-25244
10	Ideenportal: Aufenthaltsqualität in der Innenstadt steigern - Bohlweg wird zur Sommerstraße	25-25209
11	Ideenplattform: Zebrastreifen Thune	25-25165
11.1	Ideenplattform: Zebrastreifen Thune	25-25165-01
12	Widmung von Verkehrsflächen zu Gemeindestraßen	25-25136
13	Anfragen	
13.1	Parken auf Gehwegen	25-25391
13.1.1	Parken auf Gehwegen	25-25391-01
13.2	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie informiert, dass Ratsfrau Mundlos durch Ratsherr Bratschke vertreten wird, Ratsherr Möller und die Bürgermitglieder Höltje sowie Schroth entschuldigt fehlen.

Sie begrüßt Herrn Lüttge, der von der SPD-Fraktion als Bürgermitglied im Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben benannt wurde und erstmalig an der Sitzung dieses Ausschusses teilnimmt.

Als Gast der Sitzung begrüßt die Ausschussvorsitzende Herrn Hallmann (Leiter des Referats Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung), der zu den TOPs 3 und 4 an der Sitzung teilnimmt.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Mitteilungen

2.1. Evaluation der Ausweitung der Parkgebührenpflicht innerhalb der Okerumflut 24-24003

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung 24-24003.

Auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke zur zeitlichen Perspektive der von der Verwaltung angekündigten Parkraumbewirtschaftung in den sich überlappenden Bereichen der Helmstedter Straße (Stadtbezirke 130 Mitte und 120 Östliches Ringgebiet) kündigt Stadtbaurat Leuer die Umsetzung erster Maßnahmen mit Baubeginn der Veloroute an. Nach der Bürgerinformation zur geplanten Veloroute „Schöppenstedter Turm“ werden die Gremien eine Mitteilung mit weitergehenden Informationen erhalten.

Zu der weiteren Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke zur Schaffung einer Ausnahmegenehmigung zum Parken für pflegende Angehörige sagt Stadtbaurat Leuer eine Beantwortung in Form einer Protokollnotiz zu.

Protokollnotiz: Pflegende Privatpersonen können bei der Verwaltung eine Ausnahmegenehmigung, zum gebührenfreien und parkscheibenfreien Parken auf bewirtschafteten Parkplätzen sowie Bewohnerparkplätzen, beantragen. Der räumliche Rahmen der Parkerleichterung richtet sich nach dem Wohnort der pflegebedürftigen Person und umfasst Straßen im unmittelbaren Umfeld des Wohnortes.

Zu erbringen ist ein Nachweis über die Pflegebedürftigkeit der zu pflegenden Person sowie eine Anerkennung als zugehörige Pflegeperson (in der Regel ausgestellt von der Kranken- oder Pflegekasse). Ein entsprechender Antrag kann formlos gestellt werden.

Der Verwaltung liegen keine Beschwerden zum oben skizzierten Verfahren vor. Daher wird davon ausgegangen, dass die Ausnahmegenehmigungen für privatpflegende sich in der Praxis bewährt hat.

Zur Nachfrage von Ratsherr Behrens, ob die Durchführung einer ergänzenden Analyse im Westlichen und Östlichen Ringgebiet hinsichtlich möglicher Verlagerungseffekte angedacht ist, erklärt Stadtbaurat Leuer, dass sich die Verwaltung zunächst nur gezielt mit dem Bereich der Parkraumbewirtschaftung innerhalb der Braunschweiger Okerumflut beschäftigt hat, um die Wirkungen der Bewirtschaftung festzustellen. Weitergehende Untersuchungen in den Ringgebieten seien wegen des damit verbundenen Aufwands erst vorgesehen, wenn diese Gebiete im Hinblick auf ihre Parkraumsituation betrachtet werden.

Verschiedene Verständnisfragen zum Evaluationsbericht werden von Stadtbaurat Leuer und Herrn Wiegel beantwortet.

Ergebnis:

Die Mitteilung 24-24003 wird zur Kenntnis genommen.

2.2. Ergebnisse der SrV-Erhebung 2023

25-25358

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung 25-25358.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth zur Datenerhebung informiert Herr Wiegel, dass von der TU Braunschweig sechs in der Siedlungsstruktur ähnliche Teilräume gebildet wurden, die keine Stadtbezirksgrenzen oder statistische Bezirke berücksichtigen. Ein Herunterbrechen der Ergebnisse der SrV-Erhebung auf Stadtbezirksebene sei deshalb nicht möglich.

Ratsherr Dr. Plinke spricht sich für eine Verstetigung der SrV-Erhebung aus, um auch künftig neuen Input für die Mobilitätsentwicklung zu erhalten. Die Diskrepanz zwischen dem Besitz einer Zeitkarte für den ÖPNV (33 %) und Nutzung des ÖPNV als Verkehrsmittel (9 %) ist für ihn ein Hinweis, dass durch eine größere Angebotsentwicklung ein höherer Anteil insbesondere in Bezug auf die ÖPNV-Auslastung erreichbar sei.

Bürgermitglied Dr. Schröter fragt, inwiefern vorgesehen sei, die Erhebungsdaten in den Mobilitätsentwicklungsplan (MEP) einfließen zu lassen und auf dieser Basis das Basisszenario und das Zukunftsszenario zu berechnen.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass die Ergebnisse der SrV-Erhebung zur Modellschärfung verwendet werden. Diese werde im Zuge der ersten Evaluation erfolgen.

Ratsherr Wirtz hebt hervor, dass nach der SrV-Erhebung 36 % aller Braunschweiger das Auto nutzen. Nur in der Entfernungsklasse von 5 bis 10 Kilometer werde der ÖPNV stärker genutzt, unter- und oberhalb dieser Strecke stelle der ÖPNV jedoch kein interessantes Angebot dar. Nach Auffassung von Ratsherr Wirtz sollte daher bei künftigen Planungen insbesondere auch die Frage der Parkplätze hinreichend Berücksichtigung finden.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-25358 wird zur Kenntnis genommen.

3. Evaluation der Haltestelle Bohnenkamp

25-25353

Herr Hallmann führt in die Vorlage 25-25353 ein.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 25-25353 zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Buslinie 433 verkehrt zukünftig wieder über die Bushaltestelle „Peterskamp“.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

4. Haltepunkt Bienrode ÖPNV-Konzept

24-24888

4.1. Haltepunkt Bienrode ÖPNV-Konzept

24-24888-01

4.2. Haltepunkt Bienrode ÖPNV-Konzept

24-24888-02

Herr Hallmann informiert über die Bürgerinformationsveranstaltung zum Bahnhof Haltepunkt Bienrode am 11. Februar 2025 und erläutert die Ergänzungsvorlage 24-24888-02.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg bittet die Verwaltung um Prüfung, ob durch eine Anbindung des Bahnhof Haltepunktes Bienrode über den Fledermauskamp eine Entlastung geschaffen werden kann.

Stadtbaurat Leuer sagt eine Prüfung des Hinweises im weiteren Verfahren zu.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage 24-24888-02 zur Abstimmung.

Im Anschluss an die Abstimmung findet in der Zeit von 15:53 bis 16:01 Uhr die Einwohnerfragestunde statt. Anschließend wird die Sitzung mit der Behandlung der Vorlage 25-25241 (TOP 5) fortgesetzt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine ergänzende Analyse der Änderung des Linienwegs der Buslinie 424 zum Haltepunkt Bienrode durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

5. Haltepunkt Bienrode - Verkehrsanlagenplanung

25-25241

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 25-25241 ein.

Ratsfrau Kluth erinnert an die von ihrer Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN in der Sitzung dieses Ausschusses am 2. Mai 2023 zur Vorlage 22-20205 (Planung Haltepunkt Bienrode) u.a. in Bezug auf die Aspekte Versiegelung, kurze Wege und E-Ladesäulen zu Protokoll gegebenen Optimierungsmöglichkeiten und erklärt für ihre Fraktion die Zustimmung zur Vorlage 25-25241.

Zu den Nachfragen von Ratsfrau Kluth zur Querung der Gleisanlage und einer WC-Anlage für Fahrpersonal der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) informiert Stadtbaurat Leuer über die in Planung befindliche Sicherung der Gleisquerung mittels Schranken und Lichtsignalanlage. Der Betrieb der WC-Anlage sei hingegen noch zu klären.

Aus Sicht von Ratsherr Dr. Plinke ist eine schrankengesicherte Gleisquerung lebenswichtig, da es an dem Bahnübergang Altmarkstraße in den zurückliegenden Jahren bereits zu tödlichen Unfällen gekommen sei. Die Verwaltung solle deshalb gegenüber der Deutschen Bahn AG auf eine entsprechende Realisierung drängen. Auch eine WC-Anlage für Fahrpersonal der BSVG erachtet er als dringend notwendig.

Auf seinen Hinweis, eine bessere Grundstücksausnutzung durch eine veränderte Zufahrt über die Gerhard-Borchers-Straße zu erreichen, erläutert Stadtbaurat Leuer die Zufahrtssituation für Linienbusse unter Berücksichtigung der Lage der Bahnsteige. Im Ergebnis erachtet Stadtbaurat Leuer die Anlage der Zufahrt als optimal, da auch weiterhin verwertbare Grundstücksflächen verbleiben.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg bittet unter Bezugnahme auf die Checkliste zur Klimawirkungsprüfung (Anlage 2 der Vorlage), die Auswahl des Materials beim Einsatz klimafreundlicher Baustoffe künftig kritisch zu prüfen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 25-25241 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Der weiteren Planung und Umsetzung des Verknüpfungspunktes in Bienrode gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

**6. Wolfenbütteler Straße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle
"Richmondweg" in Fahrtrichtung Süden**

25-25297

**6.1. Wolfenbütteler Straße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle
"Richmondweg" in Fahrtrichtung Süden**

25-25297-01

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 25-25297 und die Ergänzungsvorlage 25-25297-01 ein.

Stadtbaurat Leuer informiert auf Nachfrage zu dem von Ratsherr Pohler hinterfragten prioritären Umbau dieser Bushaltestelle, dass der Haltestelle durch die nach Wolfenbüttel führende, stark frequentierte Buslinie und die hier anliegenden Ziele Schloss Richmond, Braunschweig-Kolleg und Abendgymnasium Braunschweig eine große Bedeutung zukommt.

Ratsherr Disterheft begrüßt den barrierefreien Umbau der Haltestelle und erläutert den geänderten Beschluss des Stadtbezirksrats 211 Braunschweig-Süd mit dem Ziel des Erhalts der Busbucht. Die Busbucht könne nach seiner Auffassung ohne Nachteile bei Ein- und Aussteigevorgängen für mobilitätseingeschränkte Personen angefahren werden. Auch habe die Polizei die Einrichtung einer Fahrbahnrandhaltestelle kritisch bewertet, da hier haltende Busse insbesondere im Feierabendverkehr Stauungen verursachen und somit negative Auswirkungen auf Einsatzfahrten von Feuerwehr und Polizei haben können. Er kündigt an, sich bei der Abstimmung über die Vorlage an das Votum des Stadtbezirksrats 211 gebunden zu fühlen.

Herr Mickler bestätigt, dass die von der Verwaltung angeführten Aspekte Sicherheit und Komfort durch ein geradliniges Anfahren der Haltestelle für Fahrgäste deutlich höher seien. Für den Kfz-Verkehr erwartet er durch haltende Busse allerdings Staubildungen. Auch werde es nach seiner Einschätzung vermehrt zum Versuch des Fahrstreifenwechsels kommen, was zu Unfällen führen kann. Aus polizeilicher Sicht empfiehlt Herr Mickler deshalb eine Busbucht.

Ratsherr Köster weist auf die Buslinien 420 und 421 hin, die ab Rathaus parallel zur Stadtbahnlinie 1 (und teilweise 2) fahrend die Bushaltestelle „Richmondweg“ anfahren. In der Regel würden Fahrgäste die Stadtbahn wählen, da diese auf dem eigenen Gleiskörper schneller sei. Mit dem durch die Buslinie 421 verbesserten Angebot entfalle zudem die Umsteigesituation aus dem südlichen Stadtgebiet am Schloss Richmond in die Buslinie 420. Ratsherr Köster hinterfragt deshalb die Notwendigkeit des Umbaus dieser Haltestelle kritisch.

Ratsherr Dr. Plinke unterstützt den von der Verwaltung vorgeschlagenen Umbau der Bushaltestelle als Fahrbahnrandhaltestelle und verweist hierzu u.a. auf die von der Verwaltung angeführten Gründe zur Anfahrbarkeit und Barrierefreiheit. In Bezug auf die von Vorrednern genannten Argumente zu Staubildungen und Unfallgefahren gibt Ratsherr Dr. Plinke zu bedenken, dass die Bushaltestelle nur eine Bedarfshaltestelle sei, sodass zahlreiche Busse hier nicht halten würden.

Ratsherr Behrens erklärt, dass die Verwaltung mit der Vorlage die richtige Prioritätensetzung zwischen der Unterstützung des ÖPNV mit einer möglichen Verbreiterung des Radwegs oder dem Erhalt von zwei Richtungsfahrspuren für den MIV getroffen habe.

Ratsfrau Hahn erklärt ihre Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg widerspricht den Ausführungen von Herrn Mickler. Bereits vor dem Einfahren in die Busbucht reduziere ein Bus seine Geschwindigkeit deutlich, was zu einem Stocken des fließenden Verkehrs führe. Die Fahrbahnrandhaltestelle beruhige den Verkehr und stelle die bessere Variante dar.

Ratsfrau Jalyschko weist darauf hin, dass der Bedarf zum Umbau der Bushaltestelle bereits mit der Einordnung im Bushaltestellenkonzept in die Dringlichkeitsstufe „A“ festgestellt wurde. Durch den Umbau mit einer Busbucht stehe zudem die Förderfähigkeit in Frage; dies wäre verantwortungslos gegenüber dem städtischen Haushalt.

Zur Anregung von Ratsherr Disterheft, den Bus in der Haltestelle der Stadtbahn halten zu lassen, und so gleichzeitig die Umsteigesituation für Fahrgäste zu verbessern, verweist Stadtbaurat Leuer auf die Herausforderungen zur verkehrlichen Anbindung einer Stadtbahnhaltestelle in Mittellage für den Busbetrieb.

Ratsherr Köster stellt den mündlichen Änderungsantrag, über die Vorlage im Wortlaut des

geänderten Beschlusses des Stadtbezirksrats 211 abstimmen zu lassen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt zunächst den mündlichen Änderungsantrag von Ratsherr Köster zur Abstimmung und stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Anschließend stellt sie die Vorlage der Verwaltung in der Fassung der Ergänzungsvorlage 25-25297-01 zur Abstimmung.

Mündlicher Änderungsantrag von Ratsherr Köster:

Der Planung und dem barrierefreien Umbau der Haltestelle „Richmondweg“ (stadtauswärts) an der Wolfenbütteler Straße mit einer Busbucht wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis zum mündlichen Änderungsantrag von Ratsherr Köster:

dafür: 4 dagegen: 7 Enthaltungen: 0

Beschluss zur Vorlage 25-25297-01:

„Der Planung und dem barrierefreien Umbau der Haltestelle „Richmondweg“ (stadtauswärts) an der Wolfenbütteler Straße gemäß Anlage 2 wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis zur Vorlage 25-25297-01:

dafür: 7 dagegen: 4 Enthaltungen: 0

7. Rabenrodestraße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle "Breitenhop" in Fahrtrichtung Norden 25-25292

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 25-25292 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Der Planung und dem barrierefreien Umbau der Haltestelle „Breitenhop“ an der Rabenrodestraße (Ostseite) gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Luisenstraße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle "Cyriaksring" in Fahrtrichtung Osten 25-25306

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 25-25306 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Der Planung und dem barrierefreien Umbau der Haltestelle „Cyriaksring“ an der Luisenstraße gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Radwegsanierung entlang der Theodor-Heuss-Straße (stadteinwärts) 25-25244

Ratsfrau Kluth zeigt sich verwundert, dass in diese Radwegsanierung die Knotenpunkte Eisenbütteler Straße und Alte Frankfurter Straße nicht oder nur marginal einbezogen werden. Knotenpunkte seien nach ihrer Auffassung grundsätzlich gefährlich und die genannten Stellen nicht klar gegliedert.

Herr Wiegel verweist auf nur begrenzt zur Verfügung stehende Haushaltsmittel und erläutert in Bezug auf die Knotenpunkte die hierzu erforderlichen umfangreichen baulichen Maßnahmen. Er bestätigt auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth, dass eine Führung des Radverkehrs auf dem südlichen Gehweg an der Eisenbütteler Straße in Richtung des Zweirichtungsradwegs an der Theodor-Heuss-Straße möglich ist.

Ratsherr Behrens erinnert an eine nach seiner Auffassung vergleichbare Situation an der Gifhorner Straße, bei der eine Richtungsfahrspur zu einem Radfahrstreifen umgenutzt wurde (DS 24-23981). Unnötigerweise würden aus seiner Sicht hier nun Mittel aus dem Radwegeerneuerungsprogramm verwendet. Er verweist darüber hinaus auf eine Aussage im Integrierten Stadtentwicklungskonzept 2030, wonach u.a. die Theodor-Heuss-Straße aus heutiger Sicht als Beispiel für allzu autogerechte Planungen der Sechziger- und Siebzigerjahre bezeichnet wird.

Herr Wiegel verweist auf eine nicht vergleichbare Infrastruktur. Die an der Gifhorner Straße vorgenommene Verbreiterung des Gehwegs wird an der Theodor-Heuss-Straße aufgrund einer nur sehr geringen Fußgängerfrequenz nicht benötigt und würde zu einer Reduzierung von anderen benötigten Verkehrsflächen führen. Bei einer Sanierung des Radwegs an der Gifhorner Straße wären zudem schädigende Eingriffe in das Wurzelwerk der Bestandsbäume unvermeidbar gewesen. Bei ihrer Abwägung hat sich die Verwaltung hier entschieden, den Radweg zu sanieren und am Fahrbahnquerschnitt keine Veränderung vorzunehmen.

Ratsherr Behrens widerspricht der Aussage zur Reduzierung von benötigten Verkehrsflächen und verweist hierzu auf die im Mobilitätsentwicklungsplan (MEP) vorgesehene Verkehrsplanung in Verlängerung der Theodor-Heuss-Straße nördlich des Europaplatzes. Der Verzicht auf eine Fahrspur eröffne auch die Möglichkeit zur Umsetzung der definierten Standards für Radwege und gleichzeitige Renaturierung versiegelter Fläche.

Stadtbaurat Leuer verdeutlicht, dass es sich hier um eine Instandhaltungsmaßnahme handelt. Ausgangsbasis der Verwaltung war, die Verkehrssicherheit und die Langlebigkeit der Verkehrsanlage zu erhalten. Weitergehende Forderungen sind für ihn zwar grundsätzlich nachvollziehbar, im Rahmen der Instandhaltungsmaßnahmen aber nicht realisierbar.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 25-25244 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Der Sanierung des Radweges entlang der Theodor-Heuss-Straße in der als Anlage beigefügten Fassung wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

10. Ideenportal: Aufenthaltsqualität in der Innenstadt steigern - Bohlweg wird zur Sommerstraße

25-25209

Ratsherr Dr. Plinke informiert, dass der Stadtbezirksrat 130 Mitte dem Verwaltungsvorschlag gefolgt ist, die Einrichtung einer Sommerstraße auf dem Bohlweg aktuell nicht weiterzuverfolgen. Obgleich er die Idee einer Sommerstraße begrüßt, erscheint ihm der Bohlweg hierfür als nicht geeignet.

Ratsherr Behrens bezeichnet die Idee einer Sommerstraße grundsätzlich als gut, allerdings erachtet er den Bohlweg hierfür nicht als den richtigen Ort. Er fragt die Verwaltung, wann die Verwaltung nähere Informationen zur künftigen Gestaltung des Bohlweg geben kann und wo besser geeignete Orte für Sommerstraßen liegen.

Stadtbaurat Leuer verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung (23-22748-01) zur Einrichtung von Sommerstraßen. Die Verwaltung hält es aus personellen Gründen für nicht durchführbar, die vor der Einrichtung von Sommerstraßen erforderlichen Abstimmungen mit allen Anliegerinnen und Anliegern vorzunehmen. Zur Frage der künftigen Gestaltung des Bohlweg verweist Stadtbaurat Leuer auf die Mitteilung 24-23974.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Vorlage 25-25209 abstimmen.

Beschluss:

„Die Einrichtung einer Sommerstraße auf dem Bohlweg wird aktuell nicht weiterverfolgt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

11. Ideenplattform: Zebrastreifen Thune

25-25165

11.1. Ideenplattform: Zebrastreifen Thune

25-25165-01

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 25-25165 ein und erläutert die Ergänzungsvorlage 25-25165-01.

Ratsherr Wirtz informiert über die Beratung der Vorlage 25-25165 in der Sitzung des Stadtbezirksrates 322 Nördliche Schunter-/Okeraue, der die Einrichtung einer Fahrbahnverengung u. a. aus Gründen der Verkehrssicherheit kritisch betrachtete und die Vorlage im Ergebnis einstimmig abgelehnt hat.

Ratsfrau Hahn bezweifelt die Notwendigkeit einer Fahrbahnverengung zur Optimierung der Querung der Thunstraße und erklärt für die SPD-Fraktion, dem Votum des Stadtbezirksrats 322 zu folgen.

Ratsherr Pohler erkennt keinen Handlungsbedarf und erwartet durch eine Fahrbahnverengung vielmehr eine Geschwindigkeitserhöhung. Für die CDU-Fraktion erklärt er die Ablehnung der Vorlage.

Ratsherr Behrens kann die im Stadtbezirksrat 322 vorgetragenen Bedenken hinsichtlich einer Gefahrensituation (Einsehbarkeit, Begegnungsverkehr) nicht nachvollziehen. Er vertraut der Einschätzung der Verwaltung und kündigt seine Zustimmung zur Vorlage an.

Ratsfrau Kluth informiert über die Novellierung der straßenverkehrsrechtlichen Regelungen und die dadurch u.a. vorgesehene Erleichterung zur Anordnung von Zebrastreifen. Sie regt an, dass die Verwaltung, wenn der Stadtbezirksrats 322 nach in Kraft treten der Durchführungsverordnung darum bittet, die Thematik nochmals aufzugreifen.

Ratsherr Behrens spricht sich dafür aus, aufgrund der in der Vergangenheit aus unterschiedlichen Gründen häufig abgelehnten Vorschläge der Ideenplattform die von der Verwaltung vorgeschlagene Möglichkeit zur Querung der Thunstraße umzusetzen.

Ratsherr Bratschke verweist auf das Ziel der ideengebenden Person zur Anordnung eines Zebrastreifens, dessen Anordnung verkehrsrechtlich nicht zulässig ist. Die von der Verwaltung alternativ vorgeschlagene Fahrbahnverengung werde jedoch vom Stadtbezirksrat 322 abgelehnt.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage 25-25165-01 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Planung und der Einrichtung einer Fahrbahnverengung zur Optimierung der Querung der Thunstraße in Höhe des Dorfgemeinschaftshauses wird in der als Anlage beigefügten Fassung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 4 dagegen: 7 Enthaltungen: 0

12. Widmung von Verkehrsflächen zu Gemeindestraßen

25-25136

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 25-25136 zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Widmungen der in der Anlage 1 bezeichneten Straßen sind zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

13. Anfragen

13.1. Parken auf Gehwegen

25-25391

13.1.1. Parken auf Gehwegen

25-25391-01

Herr Wiegel erläutert auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke, dass Markierungen als Alternative zu baulichen Lösungen von Verkehrsteilnehmenden nicht hinreichend akzeptiert würden. Zudem sei das Markieren ganzer Straßenzüge aus stadtgestalterischen Gründen problematisch.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-25391-01 wird zur Kenntnis genommen.

13.2. Mündliche Anfragen

13.2.1 - Ladeinfrastruktur

Ratsherr Kühn bittet um Beantwortung folgender Fragen im Rahmen einer Protokollnotiz:

1. Wie kann es ermöglicht werden, das Elektrofahrzeuge (Pkw) ohne E-Kennzeichen an den existierenden Ladesäulen geladen werden können?
2. Besteht die Möglichkeit Lade-Parkplätze mit E-Ladesäule mit dem Zusatzschild 1050-32 (Elektrofahrzeuge während des Ladevorgangs) auszustatten?
3. Wie kann es Fahrzeugen der Fahrzeugklasse Klasse L6e ermöglicht werden, an E-Ladesäulen in Braunschweig zu laden? Es soll dazu an der Ladesäule keine Modifikation in irgendeiner Form notwendig sein.

Protokollnotiz:

Zu 1.) Das Laden an Ladesäulen ist nur für elektrisch betriebene Fahrzeuge, welche nach Elektromobilitätsgesetz (EmoG) mit E-Kennzeichen zugelassen sind, möglich. Der Bundesgesetzgeber hat mit dem Verabschieden des EmoG keine Verpflichtung für eine E-Kennzeichnung von Elektrofahrzeugen formuliert. Aktuell wird das E-Kennzeichen im Zulassungsprozess nur auf Antrag durch den Fahrzeughalter zugeteilt. In der Straßenverkehrsabteilung wird per Flyer (Anlage) auf die Vorteile einer E-Kennzeichnung hingewiesen.

Generell bietet es sich an, sein Elektrofahrzeug (Pkw) als elektrisch betriebenes Fahrzeug nach EmoG mit Beantragung auf Zuteilung eines E-Kennzeichens zuzulassen. Als Lösungsansatz kann ein zugelassenes Fahrzeug ohne E-Kennzeichen durch eine Umkennzeichnung (Verwaltungsgebühr 30,60 € zzgl. neue Kennzeichen) erfolgen.

Zu 2.) Ja, grundsätzlich gibt es laut Straßenverkehrsordnung (StVO) zwei mögliche Optionen der Beschilderungen: zum einen die Schilderfolge VZ 314 (Parken) + VZ 1010 - 66 (Auto mit Stecker) + VZ 1053 - 54 (während des Ladevorgangs) und zum anderen die Schilderfolge VZ 314 (Parken) + VZ 1050 - 32 (Elektrofahrzeuge während des Ladevorgangs).

Für die beiden Schilderfolgen besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied: Die Schilderfolge VZ 314 (Parken) + VZ 1010 - 66 (Auto mit Stecker) + VZ 1053 – 54 (während des Ladevorgangs) hat mit der Aufnahme im EMOG eine gesetzliche Grundlage. Das Zusatzzeichen in der Schilderfolge VZ 314 (Parken) + VZ 1050 - 32 (Elektrofahrzeuge während des Ladevorgangs) hat keine gesetzliche Grundlage und ist lediglich in der StVO aufgeführt.

Dadurch ist die Schilderfolge, die in Braunschweig angewendet wird, die alleinige gesetzeskonforme Anordnungsmöglichkeit, welche auch zu einer Ahndung bei Verstößen führen kann. Nur damit können die Ladesäulen rechtssicher für Ihren eigentlichen Zweck freigehalten werden.

Eine Änderung der Beschilderung ist nicht beabsichtigt, da die Ladesäulen dann nicht nur von elektrisch betriebenen Fahrzeugen, sondern auch von allen anderen Elektrofahrzeugen, u. a. Pedelecs, E-Scooter mittels Adapter genutzt werden könnten, obwohl es für diese deutlich einfachere Lademöglichkeiten gibt. Die gleiche Beschilderung wird in anderen Städten der Region wie z. B. Wolfsburg, Gifhorn, Wolfenbüttel, Peine, Hildesheim, Salzgitter und Hannover verwendet.

Zu 3.) Für Einzelfälle hat die Verwaltung wie in der Einwohnerfragestunde der Sitzung dieses Ausschusses vom 04.02.2025 ausgeführt, die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung in Aussicht gestellt.

Nach aktuellem Kenntnisstand sind Ladestecker von Fahrzeugen der Klasse L6e nicht kompatibel mit den Ladebuchsen der Ladestationen. Ein elektrisches Laden dieser Fahrzeugklasse kann jedoch mit im Handel erhältlichen Adaptern erfolgen.

13.2.2 - Abfallwirtschaftskonzept

Bürgermitglied Dr. Wendenburg bezieht sich auf den „Workshop Abfallwirtschaftskonzept“ am 27. März 2025. Er macht darauf aufmerksam, dass unter www.braunschweig.de bislang nur die Abfallbilanzen bis zum Jahr 2022, nicht jedoch für das Jahr 2023 einsehbar seien. Er würde es zudem begrüßen, wenn bis zum Workshop bereits die 2024er Bilanz - zumindest in groben Zügen - zur Verfügung gestellt werden könnte.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass die Abfallbilanz 2023 im Juni 2024 öffentlich bekannt gemacht wurde. Die Aufnahme in den städtischen Internetauftritt wird die Verwaltung nachholen. An der Abfallbilanz 2024 werde aktuell gearbeitet. Eine Veröffentlichung ist im 2. Quartal 2025 vorgesehen.

Protokollnotiz: Die Abfallbilanz 2023 ist unter folgendem Link abrufbar: https://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/fb_institutionen/fachbereiche_referate/ref_0660/Bekanntmachung-fuer-2023.pdf

13.2.3 - Bahnübergang Grünewaldstraße

Ratsherr Dr. Plinke bittet unter Bezugnahme auf den Ratsbeschluss vom 18. Februar 2025 zum Bahnübergang Grünewaldstraße (Variante 0+) um Auskunft, ob seitens der Deutschen Bahn AG hierzu bereits eine Rückäußerung und eine grobe Terminplanung vorliegt. Darüber hinaus fragt er, welche Führung des Radverkehrs von der Verwaltung vorgesehen wird, wenn der Bahnübergang ab Ende 2025 nicht mehr passierbar sein wird.

Stadtbaurat Leuer informiert, dass seitens der Deutschen Bahn AG aktuell noch keine Rückmeldung vorliegt. Die Führung der Umleitungsstrecke wird voraussichtlich ausgeschildert über Böcklinstraße, Berliner Straße und Am Soolanger oder über die Ebertallee erfolgen. Ergänzend verweist er darauf, dass sich Verkehrsteilnehmende während einer Sperrung

erfahrungsgemäß auch individuelle Ausweichstrecken suchen, abhängig von ihren Start- und Zielpunkten sowie persönlichen Präferenzen.

13.2.4 - ÖPNV

Ratsherr Disterheft berichtet über ihm vermehrt zugetragene Beschwerden von Rollstuhlfahrenden, dass eine zweite rollstuhlfahrende Person häufig nicht in den Stadtbahnen mitgenommen werde. Er fragt, ob dies der Verwaltung bekannt ist und welche Maßnahmen ergriffen werden können.

Stadtbaurat Leuer verweist auf die baureihenabhängige Situation in älteren Fahrzeugen, in denen nur ein Platz zur Mitnahme von Rollstuhlfahrenden vorhanden sei. Eine Stellungnahme der BSVG wird die Verwaltung dem Protokoll beigefügt.

Protokollnotiz: Eine gleichlautende Anfrage hatte Ratsherr Disterheft bei der Beratung der Vorlage 25-25297 im Stadtbezirksrat 211 am 6. März 2025 an die Verwaltung gerichtet. Die daraufhin für den Stadtbezirksrat 211 bei der BSVG angefragte Stellungnahme ist diesem Protokoll beigefügt.

13.2.5 - Verkehrssituation Hopfengarten

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth zu der an den Stadtbezirksrat 120 Östliches Ringgebiet gerichteten Mitteilung „Verkehrssituation Hopfengarten“ (23-22710-01) informiert Stadtbaurat Leuer über die unterschiedlichen Lösungsansätze. Entscheidend ist für ihn das Votum des Stadtbezirksrats 120.

13.2.6 - Ladeinfrastruktur

Ratsherr Behrens fragt nach der Auslastung der einzelnen Standorte der öffentlichen Pkw-Ladesäulen bzw. -Ladepunkte und bittet um Differenzierung nach Standort, Kilowattstunden und Tageszeiten.

Herr Leuer sagt eine Beantwortung in Form einer Protokollnotiz zu, weist jedoch auf die mögliche Vertraulichkeit der Daten des externen Betreibers hin.

Protokollnotiz: Im Jahr 2024 wurden bis zum Ende November (letzte Berichterstattung durch die KOM|DIA GmbH) mehr als 45.200 Ladevorgänge gestartet bei einer durchschnittlichen Auslastung von ca. 18 % über alle Ladestationen. An den Normalladestationen wurde im Durchschnitt 180 Minuten verweilt und dabei durchschnittlich 18 kWh verladen. An den Schnellladestationen wurde im Mittel 30 kWh verladen bei einer Standzeit von 78 Minuten.

Eine detailliertere Auswertung zu allen Ladestationen einzeln von der KOM|DIA GmbH kann nicht herausgegeben werden, da es sich um betriebsrelevante Daten handelt.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 18:10 Uhr.

gez. Kluth	gez. Leuer	gez. Ender
Kluth	Leuer	Ender
- Vorsitz -	- Stadtbaurat -	- Schriftführung -